

Klima- und Energie- Check

Treten Sie für Maßnahmen ein, die konsequent den Gesundheitsschutz vor Konzerninteressen stellen und damit ähnlich wie in anderen Staaten das Ziel verfolgen, den Ausstieg aus dem Dieselantrieb für PKW umzusetzen sowie der Automobil-Industrieklare Vorgaben mit strengen Emissionslimits und entsprechender Überprüfung zu machen?

SPÖ: Die Autokonzerne haben mit ihren zum Teil illegalen, aber jedenfalls unseriösen Praktiken großen Schaden an Mensch und Natur angerichtet. Dafür müssen sie geradestehen und aus eigener Kraft Missstände beheben. Durch die öffentlichen Debatten geht nun endlich auch die europäische Regulierung in Richtung aussagekräftiger Teststandards wie dem Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure-Zyklus, kurz WLTP, und den zusätzlichen Real Driving Emissions (RDE)-Tests. Eine strengere Typisierung und Marktüberwachung wird gerade auf europäischer Ebene verhandelt und von der SPÖ ebenso unterstützt wie strengere Limits bei den CO₂-Flottenzielen, bei denen noch heuer ein Vorschlag der EU-Kommission vorliegen soll. All diese Schritte tragen zu einer Minderung der Abgaswerte bei. Dennoch steht außer Frage, dass das eigentliche Ziel – die Dekarbonisierung des Verkehrssektors – vor allem durch eine deutliche Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr und emissionsfreie Antriebe im Straßenverkehr erreicht werden muss. Die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass alternative Antriebe spätestens 2030 in jeglicher Hinsicht gleichwertig mit fossilen Antrieben sind und daher 100 Prozent emissionsfreie Neuzulassungen möglich sind, scheint ein lohnendes Ziel.

ÖVP: Der Verkehrsbereich muss natürlich einen großen Beitrag zur Erreichung unserer umwelt-, klima- und energiepolitischen Ziele leisten. Aus unserer Sicht muss der Weg in Richtung Dekarbonisierung des Verkehrssystems möglichst umweltfreundlich, kosteneffizient, marktorientiert und technologieneutral erfolgen. Vorgaben und Ziele müssen ambitioniert aber realistisch sein. Wichtig ist, dass wir die Autofahrerinnen und Autofahrer bei allen Maßnahmen mitnehmen und nicht verunsichern. Daher wollen wir auf starke Anreize statt auf Verbote und Zwang setzen. Damit wir unsere Ziele erreichen, ist es zudem wichtig, die drei Sektoren – Strom, Wärme und Verkehr – zunehmend zu koppeln. Eine stärkere Elektrifizierung von Wärmeversorgung und Verkehr bei gleichzeitiger enger Verzahnung mit der Elektrizitätswirtschaft, die verstärkt auf erneuerbare Energien setzt, ist ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg. Außerdem bringt die Digitalisierung zahlreiche Chancen auch im Straßenverkehr – Carsharing und Mitfahrbörsen sind nur zwei Anwendungsbereiche.

FPÖ: Maßnahmen zur Verringerung der Gesundheitsgefährdung durch Luftverschmutzung, etc. sind jedenfalls notwendig und zu begrüßen. Aus unserer Sicht können durch die Verwendung umweltfreundlicher Treibstoffe Ressourcen geschont, die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein bedeutender Arbeitsmarkt

erschlossen

werden.

Grünen: Ja, wir werden uns weiter – wie in den letzten Jahren bereits z.B. mit gemeinsamen Länder-Initiativen gegen Chiptuning und andere Abgasmanipulationen der Kfz-BesitzerInnen oder mit der Strafanzeige von zwei Grün-Abgeordneten gegen die Verursacher des VW-Abgasskandals unmittelbar nach dessen Auffliegen im Herbst 2015 wegen vorsätzlicher Gemeingefährdung und Umweltgefährdung – für klare Verhältnisse und Vorgaben an die betrügerischen Konzerne starkmachen.

NEOS: Bei den Emissionen haben wir tatsächlich Schwierigkeiten, die Limits, die seitens der EU vorgegeben sind, zu erreichen. Hier fordern wir deutlich mehr Anstrengungen. Für ein Dieserverbot mit Jahr X treten wir nicht ein, aber für verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung, um zuerst die Brückentechnologie E-Mobilität leistbarer und leistungsfähiger zu machen und in weiterer Folge Power To Gas und weitere Zukunftstechnologien nutzen zu können.